

Hundert Jahre Unfrieden ?

Der anhaltende deutsche Groll auf Israel trat bei der Hundertjahrfeier der Balfour-Deklaration erneut zutage, zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

von Matthias Küntzel

Die am 2. November 1917 notierte Mitteilung des britischen Außenministers James Balfour an Lord Rothschild, dem damals bekanntesten britischen Juden, besteht aus einem einzigen Satz, an dem aber über Monate hinweg gefeilt worden war:

„Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden werde, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.“¹

Die zionistische Bewegung hatte guten Grund, diesen Satz zu feiern. Erstens erkannte damit die damals größten Macht der Welt an, dass die Juden ein Volk sind und nicht nur eine Religionsgemeinschaft. Zweitens betrachtete sie die Kompromiss-Formel „nationale Heimstätte“ als eine Etappe hin zum „jüdischen Staat“ und konnte sich glücklich schätzen, dass dieser in Palästina entstehen sollte. Drittens hatte die Erklärung öffentliches Gewicht: Sie kam nicht in Form einer geheimen Abmachung, sondern durch öffentliche Diplomatie zustande und wurde ab November 1917 in der ganzen Welt verbreitet.

Beliebt ist die Balfour-Erklärung jedoch nicht überall. Sie sei das „schrecklichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit“, klagte zum Beispiel ein Sprecher der Fatah.² Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas forderte von Großbritannien eine Entschuldigung für „100 Jahre Leiden“.³ „Hundert Jahre Unfrieden“ – so lautete überraschend auch die Überschrift eines FAZ-Kommentars von Rainer Hermann, den die Zeitung aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums auf seiner Titelseite veröffentlichte; ich komme darauf zurück.⁴

Was motivierte London zur Balfour-Erklärung?

Das wichtigste Motiv hing mit der Situation im Ersten Weltkrieg zusammen. Im Herbst 1917 drohte das Bündnis aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich diesen Krieg zu gewinnen. Den Alliierten (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Russland und Italien) kam es darauf an, Russland trotz der Revolutionswirren von 1917 im Kriegsbündnis zu halten und die USA

¹ Zitiert nach Rolf Tophoven, Der israelisch-arabische Konflikt, Bonn 1990, S. 22.

² Florian Markl, Klage gegen die Balfour-Deklaration: Palästinensischer Feldzug gegen die Geschichte, auf: Mena-Watch, 2. November 2017.

³ Mahmoud Abbas, Britain must Aton for the Balfour Declaration – and 100 Years of Suffering, in: Guardian, 1. November 2017.

⁴ Rainer Hermann, Hundert Jahre Unfrieden, in: FAZ, 1. November 2017 oder auf: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/palaestina-konflikt-waehrt-seit-100-jahren-kommentar-15271236.html>. Hermann behauptet wiederholt und irrtümlicherweise, dass Balfour seinen Brief an Chaim Weizmann schrieb; tatsächlich war er an Lord Rothschild adressiert.

auf ihre Seite zu ziehen. Ausgehend von der Legende, dass Juden großen Einfluss auf ihre jeweiligen Regierungen ausüben, verfolgte die Balfour-Erklärung den Zweck, die russischen und amerikanischen Juden und über sie auch deren Regierungen an die Alliierten zu binden.

Zweitens war die Unterstützung des Zionismus für London ein Mittel, um Palästina als Landbrücke zwischen Suezkanal und Indien nach Beendigung des Weltkriegs zu kontrollieren. Drittens waren die britischen Protagonisten dieser Erklärung – Premierminister David Lloyd George, Außenminister James Balfour und der Nahost-Berater der britischen Regierung, Mark Sykes – als Bibel-Kenner mit dem jüdischen Erbe in Palästina gut vertraut. Last but not least ist das Verhandlungsgeschick zweier zionistischer Führer – Chaim Weizmann und Nahum Sokolow – zu erwähnen, ohne deren Einsatz die Erklärung nicht zustande gekommen wäre.

So gelang es Sokolow im Laufe des Jahres 1917 sowohl den Vatikan als auch die Regierungen der USA, Italiens und Frankreichs für das Konzept der jüdischen Heimstätte zu gewinnen. Bereits am 4. Juni 1917 erhielt Sokolow vom Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amts, Jules Cambon, die folgende schriftliche Erklärung:

„Sie [Nahum Sokolow] sind der Auffassung, dass es ... ein Akt der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung wäre, wenn die alliierten Mächte die Wiedergeburt der jüdischen Nationalität in dem Land, von dem aus das Volk von Israel vor so vielen Jahrhunderten ins Exil geschickt wurde, unterstützten. Die französische Regierung, die diesen gegenwärtigen Krieg führt, um ein zu Unrecht angegriffenes Volk zu verteidigen und die den Kampf fortsetzt, um den Sieg des Rechts über die Macht sicherzustellen, kann nur Sympathie für Ihr Anliegen empfinden, dessen Triumph mit dem Triumph der Alliierten verbunden ist.“⁵

Diese „Cambon-Erklärung“ ist bemerkenswert weil sie den Sieg des Zionismus mit dem Sieg über das deutsche Kaiserreich verknüpft und die pro-zionistische Parteinahme als einen „Akt der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung“ bezeichnet. Frankreich war der wichtigste Kriegspartner Großbritanniens und im Nahen Osten dessen gewichtigster Konkurrent. Ohne diese französische Zustimmung zum zionistischen Projekt, da sind sich die Historikerinnen und Historiker einig, hätte es die wenige Monate später veröffentlichte Balfour-Erklärung nicht gegeben.

Damit aber ist klar, dass die Antiimperialisten aller Länder im Unrecht sind, wenn sie den Balfour-Brief als einen isolierten und illegitimen kolonialistischen Schachzug des britischen Imperialismus brandmarken. Tatsächlich entstand die sorgfältig austarierte Formel der Balfour-Erklärung im Konsens der damals führenden Demokratien.

So ist es auch kein Wunder, dass sich die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bei der Pariser Friedenskonferenz im Februar 1919 hinsichtlich der jüdischen Heimstätte einig waren. Doch erst im April 1922, als man Großbritannien mit dem Mandat des Völkerbundes für Palästina betraute, wurde die Balfour-Erklärung zum völkerrechtlich bindenden Dokument.

„Die Hohen Alliierten Mächte stimmen darin überein, dass die Mandatsmacht für die Verwirklichung der ursprünglich am 2. November 1917 von der britischen Regierung gemachten Erklärung

⁵ Zitiert nach Martin Kramer, The Forgotten Truth About the Balfour Declaration, Mosaic Magazine, 5. Juni 2017, S. 11 siehe auf: <https://mosaicmagazine.com/essay/2017/06/the-forgotten-truth-about-the-balfour-declaration/>.

verantwortlich sein soll, die von den oben genannten Mächten übernommen wurde“, heißt es in der Präambel des britischen Mandats. Hier wurde nicht nur die Balfour-Erklärung vollständig zitiert, sondern gleichzeitig „die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina“ als Grund „für die Wiedererrichtung ihrer nationalen Heimstätte in diesem Land“, so der Wortlaut der Präambel, anerkannt. Artikel 2 und 6 des Mandats verpflichteten Großbritannien, dafür zu sorgen, dass die Bedingungen für „die Etablierung der jüdischen nationalen Heimstätte, wie in der Präambel niedergelegt“ geschaffen werden und dass „die jüdische Einwanderung unter geeigneten Bedingungen erleichtert“ und die „dichte Ansiedlung von Juden“ ermutigt wird.⁶

Dieser Ablauf der Ereignisse führt vor Augen, dass es nicht der Holocaust war, der die jüdische Heimstätte legitimierte, sondern die internationale Anerkennung der Tatsache, dass das jüdische Volk mit Palästina verbunden war und ist. Dass Großbritannien ausgerechnet während des Holocaust die jüdische Einwanderung nach Palästina mit allen Mitteln bekämpfte, seine Mandatsverpflichtung also massiv verletzte, ist der Skandal, der während der Feiern zum hundertjährigen Bestehen der Balfour-Erklärung zu wenig zur Sprache kam.

Und die „Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften“?

Am umstrittensten ist der zweite Teil der Balfour-Erklärung, der besagt, dass „nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina ... beeinträchtigen könnte.“ Hier fällt in der Tat eine Asymmetrie ins Auge: Während bei den Juden vom „Volk“ gesprochen wurde, ist hier lediglich von „Gemeinschaften“ die Rede; während es im ersten Fall um „nationale“ Interessen ging, ist hier allein von „bürgerlichen und religiösen Rechten“ die Rede.

Allerdings war diese Asymmetrie am 2. November 1917, als Großbritanniens General Edmund Allenby gerade durch Beerscheba in Richtung Jerusalem ritt, um die restlichen Truppen des osmanischen Reichs zu besiegen, eine Realität.

Damals wurde das Ideal der nationalen Selbstbestimmung zum Organisationsprinzip internationaler Politik: Aus der Asche des zerfallenen Osmanischen Reichs gingen Nationalstaaten hervor, die auf dem Weg in ihrer Unabhängigkeit vorübergehend unter der Kontrolle der vom Völkerbund beauftragten Mandatsmächte standen: Libanon, Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Jordanien, Kuwait, Bahrein, Qatar und Jemen. Während sich in dieser Zeitepoche auch die zionistische Nationalbewegung formiert und profiliert hatte, war jedoch von einer Nationalbewegung arabischer Palästinenser nichts zu erkennen.

Hussein ibn Ali, der Sharif von Mekka sowie dessen Söhne Feisal und Abdullah waren Großbritanniens wichtigste Kooperationspartner beim Versuch, die Araber vom Joch des Osmanischen Reiches zu befreien. Hussein und Feisal wurden über das Projekt der jüdischen Heimstätte informiert. „Palästina schien ihnen keine große Sorge zu machen“, notierte Lloyd George, der britische Premier, über deren Reaktion.⁷ Im Gegenteil!

⁶ Der Text des Mandats, den der Rat des Völkerbundes am 24. Juli 1922 verabschiedete und der im September 1923 in Kraft trat, ist vollständig dokumentiert in: Walter Laqueur und Barry Rubin, *The Israel-Arab Reader*, New York (Penguin Books) 2001, S. 30-36.

⁷ David Lloyd George, *Memoirs of the Peace Conference*, Band 2, S. 669 und Band 3, S. 737, zitiert nach David Fromkin, *A Peace to End All Peace*, New York (Holt and Company) 1989, S. 297.

„Wir Araber“, schrieb Feisal im März 1919 an den amerikanischen Zionisten Felix Frankfurter, „speziell die Gebildeten unter uns, betrachten die zionistische Bewegung mit der größten Sympathie ... und wir betrachten [die zionistischen Forderungen] als gemäßigt und angemessen. Wir werden alles tun, um ihnen, soweit es uns betrifft, zum Durchbruch zu verhelfen: Wir werden den Juden ein allerherzliches ‚Willkommen zuhause‘ wünschen.“⁸

Anlässlich eines Abendessens mit Lord Rothschild, dem Adressaten der Balfour-Erklärung, ging Feisal noch einen Schritt weiter: *„Kein echter Araber kann den jüdischen Nationalismus beargwöhnen oder fürchten. Finden wir irgendwo auf der Welt Mittelpersonen, die geeigneter wären als Sie? Denn Sie haben all das Wissen Europas und sind blutsmäßig unsere Cousins.“⁹*

1920 begann Feisal seine Haltung zu revidieren, während in Ägypten und in Palästina die Haltung gegenüber den Zionismus noch bis in die Dreißigerjahre hinein zwischen Indifferenz und Wohlwollen oszillierte. In Palästina hing dieses Wohlwollen mit der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen, die mit der zionistischen Einwanderung einherging, zusammen. So stieg die Zahl der in Palästina lebenden Araber während des britischen Mandats von 600.000 auf 950.000 an, wobei der arabische Bevölkerungszuwachs überproportional dort anstieg, wo auch der jüdische Impuls am stärksten war.

„Als Resultat dieser Entwicklung waren während der Mandatszeit (1920-1948) die Phasen der friedlichen Koexistenz [zwischen Arabern und Zionisten] erheblich länger als die Phasen gewaltsamer Eruptionen“ schiebt der Nahost-Historiker Efraim Karsh. „In den Zwanziger- und Dreißigerjahren führten jüdische Vertreter Hunderte von formalisierten Treffen mit Arabern in Palästina und den benachbarten arabischen Staaten durch und wurden häufig zu geselligen Zusammenkünften, zu offiziellen Terminen wie auch in die Häuser prominenter arabischer Familien eingeladen.“¹⁰

Dies änderte sich rapide, als ab Mitte der Dreißigerjahre mit dem Mufti von Jerusalem ein radikaler Antisemit die Oberhand gewann und die auf Koexistenz setzenden Araber zu terrorisieren begann. Er wurde hierbei vom nationalsozialistischen Deutschland mit Geld, Waffen und antisemitischer Propaganda unterstützt.

Wenn heute beklagt wird, dass „die bürgerlichen und religiösen Rechte“ der Palästinenser nach wie vor „beeinträchtigt“ werden, dann sind dafür weder Juden noch Briten, sondern jene radikale Antisemiten, die die arabisch-palästinensische Nationalbewegung seit Mitte der Dreißigerjahre dominieren, verantwortlich zu machen.

Schon 1937 begann die britische Regierung mit dem „Peel-Plan“ die Balfour-Erklärung und ihre damit verbundene Mandatsverpflichtung im Sinne einer Zweistaaten-Lösung auszulegen. Zehn Jahre später schlossen sich die Vereinten Nationen mit dem erneuten Vorschlag einer Zweistaaten-Lösung an. Hätte sich die Führung der palästinensischen Araber 1947 darauf eingelassen, könnte heute der 70. Jahrestag der Gründung des arabischen Teilstaats „Palästina“ gefeiert werden.

1947 aber führte erneut Amin al-Husseini die Zügel und erstickte – wie schon 1937 – das Teilungsprojekt im Keim. Ohne den arabischen Angriff im Mai 1948 auf das kurz zuvor von den

⁸ Diesen Brief dokumentieren Laqueur/Rubin, a.a.O., auf S. 19.

⁹ Jom Kimche, There Could Have Been Peace, New York (Dial Press) 1973, S. 70, zit. nach Efraim Karsh, Turks, Arabs Welcomed the Balfour Declaration, The Middle East Quarterly, Winter 2018, S. 4. Siehe auf: <http://www.meforum.org/6991/turks-arabs-welcomed-the-balfour-declaration> .

¹⁰ Efraim Karsh, a.a.O., S. 9f.

Vereinten Nationen als Teilstaat sanktionierte Israel, hätte es die Flucht und Vertreibung der Palästinenser nicht gegeben. Heute, anlässlich der Hundertjahrfeiern der Balfour-Erklärung zeigt sich, wie wenige die Palästinensische Autonomiebehörde unter Mahmoud Abbas hinzu gelernt hat. Mit ihrer Androhung, Großbritannien wegen der Balfour-Erklärung zu verklagen, beweist sie, dass es ihr nach wie vor nicht um einen Staat an der Seite Israels, sondern um einen Staat an der Stelle Israels geht. Dieser absurde Versuch, 100 Jahre Geschichte rückgängig zu machen, verdiente keine Erwähnung, wären da nicht die arabisch-palästinensische Bevölkerung, die unter dem törichten Radikalismus ihrer Führung leidet und wäre da nicht der nicht minder törichte Leitartikel der FAZ, der diese Klageandrohung der Palästinensische Autonomiebehörde als „eine neue Strategie“ aufwertet erkennen will, die zugleich „ein Gradmesser der Frustration der palästinensischen Führung“ sei. Und wer hat Schuld an dieser Frustration? Na eben!

Die Schlagseite in der FAZ

Schon der Titel des Leitartikels „Hundert Jahre Unfrieden“ suggeriert, dass es die Juden und deren Unterstützer waren, die den Frieden beseitigten und „Unfrieden“ stifteten. Eine Lektüre des Artikels bestätigt diese Intention. Er präsentiert die Balfour-Erklärung als isoliertes britisches Kolonialprojekt, vor dem angeblich ein Berater des US-Präsidenten mit den Worten „So schaffen Sie eine Brutstätte für den künftigen Krieg“ gewarnt haben soll.

In Wirklichkeit bezog sich diese Warnung auf ein 1916 zwischen Paris und London vereinbartes Geheimabkommen, während der amerikanische Präsident die Balfour-Deklaration vor ihrer Veröffentlichung intern und anschließend auch öffentlich unterstützte. Um „jüdische Heimstätte“ mit „Brutstätte für den künftigen Krieg“ assoziieren zu können, stellt Hermann die Geschichte auf den Kopf.

Gleichzeitig sei Israel dafür verantwortlich, dass die Palästinenser rechtlos geblieben seien, behauptet weiter der Autor, denn der Anspruch auf bürgerliche und religiöse Rechte nichtjüdischer Gruppen stehe „im Widerspruch zur zionistischen Idee, der jüdischen Nation einen Staat zu geben, in dem die Juden vor Verfolgung geschützt sein sollen. Ein solches Szenario sieht keinen Platz für Palästinenser vor.“ Auch hier dreht die Phantasie des Autors mit ihm durch: Er insinuiert ein araberfreies Israel, wo doch die PLO einen judenfreien Staat haben will.

Im logischen Anschluss an diese Behauptung werden allein Israel und der Zionismus nicht nur für das Scheitern der Zwei-Staaten-Lösung, sondern auch für den Antisemitismus in der Region verantwortlich gemacht. Die zionistische Bewegung sei eine Antwort auf den Antisemitismus in Europa gewesen, schreibt Hermann und fährt nicht ohne Häme fort: „Die Folge der jüdisch-zionistischen Landnahme in Palästina war jedoch, dass nun in der arabischen Welt ein neuer Antisemitismus entstand.“ Abgesehen von dem abwertenden Begriff der „Landnahme“, der eine gewaltsamer Eroberung assoziiert, lässt Hermann außer Acht, dass dieser Antisemitismus bereits in den Dreißigerjahren entstand und von arabischsprachigen Rundfunkprogrammen aus dem nationalsozialistischen Berlin bis 1945 systematisch propagiert und befördert wurde. Eine der bevorzugten Hass-Figuren der Nazis war der „Judenhelfer Lord Balfour“, wobei man die Hetze, mit der man ihn damals überzog, auch heute noch als entferntes Echo wahrnehmen kann.

„Hundert Jahre Unfrieden“ – dieses Fazit zum hundertsten Jahrestag der Balfour-Deklaration, hätte auch von der Presseabteilung der iranischen Botschaft oder einer Nazigruppe stammen können. Es

hätte nicht das Fazit der wichtigsten Tageszeitung des Landes sein dürfen, das die Vernichtung der Juden vor wenigen Jahrzehnten vom Zaume brach.

Ist Hermanns Artikel Symptom? Während man in London und Jerusalem das Jubiläum der Erklärung feierte, die nicht nur die Grundlage für das heutige Israel schuf, sondern bewirkte, dass zwischen 1933 und 1940 400.000 Jüdinnen und Juden den Nazi-Terror durch Flucht oder Auswanderung nach Palästina überlebten, blieb in Berlin alles still: Kein Wort des Bundespräsidenten, kein Wort des Außenministers, kein Wort der Kanzlerin, kein Wort auf der Regierungspressekonferenz. Vielleicht war es besser so.

Dieser Artikel wurde am 11. November 2017 erstmals bei Mena-Watch.com veröffentlicht.